

---

## Berichte

---

### Hans Mugrauer: „Deutschland erwache" - Rückblick auf die Vorgänge um die Vernichtung der Weimarer Republik

*Hans Mugrauer, geb. 1899 in Langenbruch, war — bevor er Sekretär beim „Alten" Bergarbeiterverband wurde — Bergmann. 1933 verließ er Deutschland und lebte zunächst in der Tschechoslowakei, dann in Schweden. Nach 1946 war er Sekretär bei der IG Bergbau in Bochum, von 1955 bis 1962 Arbeitsdirektor der Salzgitter AG.*

Im Gespräch mit dem Kollegen *H. O. Hemmer* über die Gestaltung dieses Beitrages kamen wir auf die Frage, wie sich denn im einzelnen die Machtergreifung der Nationalsozialisten, der Übergang von der Weimarer Republik zum Dritten Reich vollzogen habe. Wie sah die „Übernahme" der Gewerkschaften, die Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei in den unteren Gliederungen aus?

Irgendwann während der in Progromstimmung dahinschwelenden Monate von etwa Mitte Mai 1931 bis zur vollständigen Liquidierung von SPD und Gewerkschaften,

geisterten in den Versammlungen der Nazis und ihren Propagandaschriften die Worte „Köpfe werden rollen, wenn die nationale Revolution sich mit Gewalt durchsetzen muß“, und es war die Rede von der „Nacht der langen Messer“. Am Beispiel Bochum und aus eigenem Erleben will ich versuchen, die Vernichtung der Basis darzustellen.

Es war die Zeit, in der die Nationalsozialisten rücksichtslos und unter Einsatz von Verleumdung, Gewalt und Mord um die Macht kämpften. Auf der *oberen* Ebene ging es ihnen darum, die Schalthebel für Politik, Wirtschaft und Armee in die Hand zu bekommen. Der Schwerindustrie, den Generalen, den Landjunkern und der alten Ministerialbürokratie war zu beweisen, daß man regierungsfähig und der einzige Bündnispartner ist, der Deutschland vor dem Untergang retten kann. Auf der *unteren* Ebene sollte und mußte vorgeführt werden, wie man durch die Zerschlagung der möglichen Widerstandsherde die Träger demokratisch-republikanischer Macht vernichtet. Diese Schmutzarbeit wurde von der SA verrichtet. Zeitpunkt und Methoden dieses „Aufrollens“ waren von Stadt zu Stadt verschieden. Der Zweck war die Einschüchterung und Zermürbung vor allem der ehrenamtlichen Funktionäre.

Bochum war und ist wieder der Sitz des 1889 gegründeten Bergarbeiterverbandes. In den Augen der Nazis war das eine „Rote Bastion“. Die in der Hauptverwaltung tätigen Angestellten waren meist auch mehr oder weniger aktive Funktionäre der sozialdemokratischen Gliederungen und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Es ergab sich von selbst, daß in jeder örtlichen Partei- oder Gewerkschaftsversammlung ein Referent zugegen war.

Bergbau und Metallindustrie waren die vorherrschenden Wirtschaftszweige. Durch die damals wirklich verheerende Wirtschaftskrise waren bis zur Hälfte der Belegschaften arbeitslos. Es war daher sowohl für die SA wie für das Reichsbanner nicht allzu schwer, ihre Reihen aufzufüllen. Überall in den Vororten bildeten sich — meist in Gaststätten — ständige Treffpunkte der Einheiten des Reichsbanners und der SA. Bei den letzteren fehlte es nicht an Geld. Die SA-Leute waren gut uniformiert. Die meist jungen, arbeitslosen Männer bekamen dort nicht nur das historisch gewordene braune Hemd und die SA-Mütze geschenkt, es gab auch Hosen und Schuhzeug gratis. Zigaretten wurden herumgereicht, und es gab immer genannte und ungenannte Spender von Bierrunden. Bald stand überall im Lande die nazistische Bürgerkriegsarmee bereit. In Bochum natürlich auch. Je einheitlicher die SA gekleidet, je dreister in ihrem Auftreten und je besser mit Zigaretten versorgt sie war, um so mehr schmolz der Enthusiasmus, der Opferwille und die Einsatzbereitschaft der Reichsbannerleute, vor allem nach der Absetzung der Regierung Braun-Severing im Juli 1932 dahin. — Über Preußen und die Regierung Braun-Severing wird noch zu reden sein.

Manchem jungen Mann, der einem vom Reichsbanner her bekannt war, oder von dem man wußte, daß er einst bei „Rot-Front“ stand, begegnete man plötzlich als SA-Mann; mitunter verlegen und vielleicht beschämt beiseite schauend, mitunter aber auch mit hartem, herausforderndem Blick, ungefähr „Was willst du schon, ihr tut ja doch nichts!“

In den SA-Lokalen wurden bewußt und zielstrebig Rollkommandos und Schlägertrupps ausgebildet, um sie zunächst zur Sprengung von Versammlungen und Kundgebungen der demokratischen Organisationen einzusetzen. Saalschlachten wurden provoziert.

Nachdem *Hitler* am 30. Januar 1933 Reichskanzler geworden war, wurde schließlich auch Bochum in Nacht-und-Nebel-Aktionen der SA systematisch aufgerollt und zermürbt. Wahrscheinlich noch im Rausch der Siegesfeiern, mit viel Alkohol und auf-

putschenden Reden gesättigt, brachen Schlägertrupps in Stärke von 3 bis 6 Mann vor allem in den Arbeitersiedlungen in die Wohnungen der Vertrauensleute von Reichsbanner, SPD und Gewerkschaften ein und verprügelten, was ihnen in die Quere kam. So ging es wochenlang. Wen sie überfielen, der wurde meist krankenhaureif geschlagen. Aber wer ein Bett im Krankenhaus bekam, konnte von Glück reden. Für die meisten war kein Platz. Ärzte und Schwestern hatten Angst, eventuell als Zeugen aussagen zu müssen. Diese nächtlichen Überfälle wurden planmäßig und wellenartig durchgeführt. Dabei wurden nachbarlicher Streit, Mißhelligkeiten am Arbeitsplatz, Mädchen geschichten und Eifersüchteleien gleich in einem Aufwaschen bereinigt. Man wohnte ja oft Tür an Tür, und einer warf dem anderen vor, bei den „Verrätern“ zu stehen.

Der Vorsitzende des Reichsbanners in Bochum, *Franz Vogt*, war Angestellter beim Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes. Wir waren nicht nur Kollegen, sondern auch persönliche Freunde. Vogt hat das Dritte Reich nicht überlebt. Er kam in Holland als Emigrant zu Tode. In diesen schrecklichen Wochen kamen fast täglich grün und blau geschlagene Vertrauensleute oder deren Frauen zu Vogt und zum Bergarbeitervorstand um Rat und Hilfe. Der eine war arbeitsunfähig geprügelt, der andere hatte kein Geld, weil auch das verschwunden war während der nächtlichen Eskapade in der Wohnung, der dritte wollte, vom Schock zermürbt, nach Ost- oder Westpreußen zurück, wo er noch irgendwelche Verwandte hatte, aber ohne Geld für die Reise war. Unsere Hilfsmöglichkeiten waren sehr begrenzt — Gewerkschaftsgelder sollten für diese Hilfe nicht verwendet werden! Heute noch fühle ich fast körperlich die ratlose Niedergeschlagenheit, die uns bedrückte. Denn diese Männer hatten ja nichts getan als Solidarität geübt und voller Idealismus ihre Freizeit und oft auch ihr Familienglück geopfert, für ihre Idee der Befreiung der Arbeiterklasse.

Wem die Nazis ganz übel mitspielen wollten, den verschleppten sie nach „Gibraltar“ — bald ein gefürchtetes Wort! Es handelte sich um eine stillgelegte, kleine Schachtanlage im südlichen Teil Bochums, die als SA-Kaserne und Folterkammer benutzt wurde. Dem gleichen Zweck diente ein besetztes Naturfreundehaus in Bochum-Linden und das Druckerei- und Redaktionsgebäude der sozialdemokratischen Tageszeitung „Das Volksblatt“, das ebenfalls seit der Machtergreifung Hitlers „erobert“ war.

Einige Vorgänge seien stellvertretend für zahllose andere Fälle geschildert. *Fritz Viktor* war Vorsitzender der damaligen Reichsknappschaft und zählte zum Führungskreis des Bergarbeiterverbandes. Er war ein großer, kräftiger Ostpreuße, etliche 40 Jahre alt, wohnte in einem Vorort Bochums und fuhr gewöhnlich mit der Straßenbahn ins Büro. Sein Weg zum Bergarbeiterverband führte am besetzten Volksblattgebäude vorbei. Dort wurde er an einem Morgen, irgendwann im Februar, von einer Gruppe SA-Männer abgefangen und in den Hof des Gebäudes gedrängt. Er machte von seiner Kraft Gebrauch und schlug zu, wohin er traf. Eine Büroangestellte, die auch auf dem Weg zum Bergarbeiterverband war, sah den Vorgang und berichtete dem Vorstand. Wir ahnten, was mit Viktor geschehen würde. Mit viel Mühe gelang es, mit der obersten Leitung der Schutzpolizei ins Gespräch zu kommen. Ihr Kommandant war noch zuverlässig. Am zweiten Tag erfuhren wir, daß Viktor von „Gibraltar“ ins Städtische Krankenhaus gebracht worden war. Als Vorsitzender der Reichsknappschaft war er bei den Berliner Regierungsstellen eine geachtete Persönlichkeit. Kaum transportfähig, fuhr er in Begleitung eines Arztes und einer Krankenschwester nach Berlin. Es gelang, ein Gespräch zwischen ihm und dem damaligen Reichskanzler *von Papen* zustande zu bringen. Papen, der stets die Gewalttaten der Nazis in Abrede stellte, sah nun den lebendigen Beweis vor sich und versprach Abhilfe. Er verbürge sich dafür, daß diese Übergriffe verfolgt würden. Sein Versprechen war ein Hohn und eine der vielen Lügen

des Herrn von Papen; denn schon nach zwei Tagen rückten die Schlägerkolonnen Bochums in verstärktem Ausmaß des Nachts aus und schlugen noch viel brutaler zu.

Am 10. März 1933 holten die Bochumer Nazis zu dem für sie effektivsten Schlag aus. Nachts um etwa 2 bis 3 Uhr besetzten sie das Verwaltungsgebäude und die Druckerei des Bergarbeiterverbandes und holten jeden Angestellten, einschließlich des Vorstandes, aus der Wohnung. Und das ging so vor sich: 4 bis 5 SA-Leute, mit Revolver und Gummiknüppel ausgerüstet, erzwangen sich den Eingang in die Wohnung. Wurde nicht geöffnet, traten sie die Tür ein. Natürlich war man im Schlafanzug. Mit den Worten: „Kein Widerstand, du Marxistenschwein, zieh dich fix an“, und zur Frau: „Du alte Drecksau hältst die Schnauze, eure Brut auch“. Man wurde in eine Ecke gestoßen, mit dem Gesicht zur Wand. „Bei Widerstand wird geschossen!“ Und zur Frau „Du gehst mit uns und zeigst uns die Waffenlager, hier wird Haussuchung gemacht.“ Dann wurde die Wohnung in einen trostlosen Wäsche-, Kleider- und Bücherhaufen verwandelt. Waffen fanden sie nicht. Wir waren wirklich nicht bewaffnet. An Büchern wurde mitgenommen, was gerade so in die Hände fiel und antinazistisch war. Bei mir mußten u. a. *Heinrich Heine* und die Weimarer Verfassung mit Kommentar dran glauben. Nach etwa einer halben Stunde war der Spuk in der Wohnung beendet. Wir Männer wurden „eingesammelt“ und auf Lastwagen in ihre „Lagerräume“ gebracht. Dort wurden wir von teils angetrunkenen alten Kämpfern mit Gejohle, Anspucken und Fußtritten empfangen. Verschont blieb keiner. Sie hatten vorbereitete Namenlisten mit Wohnort und Funktion.

Vom vierten Tag an wurden wir einzeln nach Hause geschickt, mit dem „Befehl“, von den Vorgängen kein Wort weiterzuerzählen und jede Propaganda gegen Führer und Bewegung zu unterlassen. Das nächste Mal würden wir anders angefaßt — und dieses Mal mit der Anrede Sie: „Lassen Sie sich nicht noch einmal erwischen.“ Unsere Freilassung hatte Bochums immer noch zuverlässige Schutzpolizei erwirkt.

Im Verwaltungsgebäude des Bergarbeiterverbandes hausten die Besetzer wie die Vandalen. Kein Schrank und kein Fach blieb ungeöffnet. Die Akten flogen haufenweise zum Fenster hinaus; Setz- und Druckmaschinen wurden zerstört. Waffenlager wurden nicht gefunden.

Ich erinnere daran, daß im März 1933 die Gewerkschaften noch nicht vernichtet und gleichgeschaltet waren. Im Gegenteil! Auf höherer und höchster Ebene wurden hin und her Fäden gesponnen. Später stellte sich heraus, daß es nur Spinnweben war. Der damalige Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, *Fritz Husemann* (er wurde später als einer der ersten Gewerkschafter von den Nazis im KZ ermordet), war Reichstagsabgeordneter und als Führer der Bergarbeiter für gewisse Strömungen in Berlin ein wichtiger Mann. So erreichte er dann auch, daß am 21. März 1933 die SA das Verwaltungsgebäude des Bergarbeiterverbandes wieder freigab. Ein gewisser Herr *Stein* von der NSBO hatte sich dort schon recht häuslich eingerichtet und bemerkte achselzuckend „Was soll's, wir kommen doch bald wieder.“ Wahrscheinlich war er schon eingeweiht in die Pläne für den 1. Mai.

Einen weiteren Fall dieser Zermürbungsmethode möchte ich noch erzählen. Die Frau eines Kollegen, der in der Arbeitsrechtsabteilung tätig und ein Wohnungsnachbar von uns war, nahm kein Blatt vor den Mund. Irgendwann in diesen Tagen des „Umbruchs“ sagte sie zu ihrem Milchmädchen: „Morgen brauchen Sie mir keine Milch mehr bringen, ich habe Sie mit einem SA-Mann Arm in Arm in der Stadt gesehen.“ Noch in der gleichen Nacht wurde der Kollege in geschilderter Weise aus der Wohnung geholt und in eine Baubude gebracht. Dort preßte man ihn auf einen Holzbock, riß ihm die Kleider vom Leib und schlug mit Knüppeln und Riemen so lange auf ihn

ein, bis er bewußtlos war. Nach entsprechender Kaltwasser-Behandlung kam er zu sich und mit den Worten „Sag deiner Frau, das Milchmädchen kommt zur gewohnten Zeit“, wurde er zur Tür hinausgestoßen. Seine Frau suchte in den grauen Morgenstunden bei meiner Frau Hilfe. Ein Arzt verweigerte ihm den Krankenschein. Bis zum 1. Mai 1933 war in Bochum jede Widerstandsmöglichkeit gebrochen. — So mag es wohl die SA in ihrem Lagebericht vermerkt haben. — Ich möchte noch bemerken, daß es auch Städte und Orte gab, wo Derartiges nicht passierte.

Bei diesem Rückblick möchte ich nicht unterlassen zu erzählen, wie ich selbst den 1. Mai 1933 und einige der folgenden Tage erlebte. Nach meiner Freilassung aus der SA-Folter in Bochum bis zur Emigration im August 1933, habe ich kaum noch meine Wohnung betreten und in Bochum keinen Dienst mehr verrichtet. Vom Vorstand wurde ich beauftragt, mich in verschiedenen Geschäftsstellen des Ruhrgebietes aufzuhalten. Den 1. Mai verbrachte ich in der Geschäftsstelle Hamm, mit dem dortigen Geschäftsstellenleiter *Julius Rosemann*. Wir konnten dem „Festzug zum Tag der deutschen Arbeit“ fernbleiben. Die Belegschaften der Betriebe waren dazu abkommandiert. Mancher der vorher schon grün und blau geschlagenen Vertrauensmänner mußte mitmarschieren — mit welchen Gefühlen, läßt sich kaum beschreiben.

Ich verabredete mich mit dem Kollegen Rosemann, am 2. Mai um 8 Uhr bei ihm im Büro zu sein, um auf die Dinge zu warten, die da kommen sollten. Um etwa 9 Uhr kam ein 10 Mann starker Trupp von SA-Leuten, die Sturmriemen unterm Kinn, die Revolver in der Hand. „Keinen Widerstand! Wir sind hier im Auftrage des Führers das Büro zu übernehmen.“ In barschem Befehlston wurden wir aufgefordert, uns an der Wand aufzustellen. Wir waren drei Mann und zwei Stenotypistinnen. Der eine und andere der SA-Leute konnte sich unflätige Bemerkungen, daß nun Schluß sei mit diesem Bordelleben, nicht verkneifen. Der ältere von ihnen, etwa 40 Jahre alt, stellte sich als NSBO-Beauftragter *Scharf* und künftiger Leiter dieses Büros vor.

Er übernahm die Gesprächsführung. Rosemann erklärte, daß er der Verantwortliche für die Geschäftsstelle sei und trage für alles und jeden hier die Verantwortung. Scharf zu Rosemann: „Also ich bin NSBO-Beauftragter Scharf und möchte nun von Ihnen die Amtsgeschäfte übernehmen.“ Rosemann fragte: „Haben Sie Ausweise? Ich bin dem Vorstand in Bochum verantwortlich.“ Mit schroffem Ton sagte Scharf, das „r“ betonend, jetzt habe *er* die Verantwortung, alles andere würde sich finden. — Im Büro stand ein runder Tisch. Scharf gab den SA-Leuten die Anweisung, eine Hakenkreuzfahne über den Tisch zu breiten, sozusagen als Tischtuch, und am Dach des Hauses die Hakenkreuzfahne zu hissen als äußeres Zeichen, daß diese Gewerkschaft nun von der Bewegung des Führers übernommen sei.

Scharf war korrekt, fast freundlich. Er ließ sich alles zeigen: Geld, Bücher, Kartotheken. Unterdessen durchsuchten 3 SA-Männer alles, was Tür und Deckel hatte. Man suchte Waffen. Das dauerte zwei Stunden. Es gab keine Waffen. Mit der Drohung, wenn später doch noch etwas gefunden würde, werde es uns allen teuer zu stehen kommen, war auch dieser Akt beendet. Dazu wurde oft telefoniert, und Herr Scharf mußte noch einige Male auf das „r“ in seinem Namen hinweisen. Das brachte sogar einen Anflug von Heiterkeit in die makabere Situation dieser Machtübernahme in Kleinformat.

Um 13 Uhr wurde das Büro geschlossen. NSBO-Scharf nahm die Schlüssel zu sich und rückte mit seiner SA ab, erklärte aber, er müsse Herrn Rosemann in Schutzhaft nehmen, er möge folgen und keinen Fluchtversuch unternehmen. Es würde sofort scharf und gezielt geschossen. Wir anderen sollten uns am nächsten Tag um 8 Uhr zum Dienst einfinden. Wir taten es. Es war der 3. Mai. Scharf kam mit einem Mann, den er als seinen Mitarbeiter vorstellte. Der Tag verging mit Durchschauen von Akten. Sie nahmen

die Sache ernst und genau. Ich wollte über Rosemann etwas erfahren. Er sei eben in Schutzhaft, war die Antwort. Der 4. Mai verging wie der Tag vorher, aber ich erfuhr gleich morgens, daß Rosemann im Polizeigefängnis in Einzelhaft sei.

Scharf fand alles doch recht kompliziert, vor allem die Prozeßakten. Am Nachmittag bat er mich um ein persönliches Gespräch. Er redete vom Sieg des Führers auf mich ein und daß nun Deutschland bald groß und mächtig sein würde und jeder müsse dem Führer dankbar sein. Das war ihm ernst. Er war eine gläubige Seele. Schließlich meinte er, ich sei noch jung und er wisse auch noch nicht, was aus mir werde. Aber er hätte mich gern als Mitarbeiter. Er sei bereit, mir einen Aufnahmeantrag in die NSDAP zu geben, vordatiert auf den Januar, damit ich nicht als Märzgefallener gelten brauche in ihren Reihen. Ich gab ihm zu bedenken, daß ich ja für eine die Arbeiter befreiende Idee des Sozialismus einträte und daß er ja doch keinen Gesinnungslumpen werben wolle. Ich würde, wie auch in der Vergangenheit, für die Bergleute meine Pflicht tun. Vorerst müsse ich mit mir selbst fertig werden. Wenn ich zu einem Entschluß käme, würde ich ihn schon um einen Aufnahmeschein bitten. Herr Scharf gab sich zufrieden.

Nachmittags war NSBO-Scharf nach einem Telefongespräch für einen Augenblick schockiert. Schließlich sagte er, Herr Rosemann habe sich im Gefängnis das Leben genommen. Nun war es an mir, sprachlos zu sein. Aus vielen langen Gesprächen vor dem 1. Mai hielt ich es für möglich, daß Rosemann auf diese Weise allen vorauszuahnenden Foltern zuvorkommen wollte. Endgültige Klarheit über seinen Tod habe ich nie bekommen.

Nach dem vorangegangenen persönlichen Gespräch mit Scharf wagte ich einen Vorstoß. Um allen Gerüchten vorzubeugen und alle Vertrauensmänner der Geschäftsstelle von deren Übernahme durch Herrn Scharf zu informieren, könne für nächsten Sonntag eine Vertrauensmänner-Konferenz einberufen werden. Herr Scharf war — für mich sehr überraschend — sofort einverstanden. Die Funktionäre kamen fast vollzählig, denn die Einladung war von mir und mit „Glückauf“ unterschrieben. In der Konferenz nahmen wir nebeneinander Platz, der uniformierte Herr Scharf und ich. Ein oder zwei Vertrauensmänner saßen neben mir an der einen Seite, Herr Scharf hatte als Nachbarn seinen Mitarbeiter und einige SA-Leute.

Kurzerhand eröffnete ich die Sitzung mit der Mitteilung, unser Freund und Kamerad Julius Rosemann sei nicht mehr am Leben. Jeder von uns wisse, was er für die Bergarbeiter geleistet habe. Vorerst könnten wir ihm nur stehend mit einer Schweigeminute danken. Alle erhoben sich, auch die SA-Männer. Verdutzt nahm darauf Herr Scharf das Wort und sagte, er möchte noch eines anderen Mannes gedenken, nämlich ihres SA-Kameraden *Schlageter*, der von Rot-Front ermordet worden sei. Er sei ein Held der Bewegung des Führers.

Um keine Unruhe und keine Zwiesgespräche aufkommen zu lassen, bat ich Herrn Scharf, über seine Amtsübernahme in Hamm und über die Ziele der NSBO zu berichten. Um 11 Uhr war die Konferenz beendet. Es gab keine Diskussion. Die Vertrauensleute bekamen zwei Mark Spesen und das Straßenbahnfahrgeld und fuhren bedrückt nach Hause.

Ich verschwand aus Hamm und tauchte unter, denn es konnte nur noch eine Frage von Tagen sein, daß man mich in der Hauptverwaltung in Bochum vermißte und in Hamm entdeckte.

Zurück zur Weltgeschichte. Mit Beginn des Jahres 1929 zeichnete sich die Weltwirtschaftskrise ab, die für Deutschland ein verhängnisvoller Importartikel aus den USA wurde. Deutschlands politische Rechte sammelte sich zum Angriff. Von der „Wirt-

schaft", das waren wie heute die Unternehmer und Unternehmensverbände, wurde das Wort vom Gewerkschaftsstaat ins Spiel gebracht. Das war die eine Seite. Für die Kommunisten wurde jeder Gewerkschafter und Sozialdemokrat zum Handlanger der Kapitalisten, zum Arbeiterverräter, zum Sozialfaschisten. Das war die andere Seite.

Die Jahre 1930, 1931, 1932 und dann 1933 waren schreckliche Jahre. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nahmen zu. Von Million zu Million stieg die Zahl der Arbeitslosen und man möge heute daran denken, daß die Arbeitslosenunterstützungen unter der Hälfte des Einkommens lag und nur ein halbes Jahr gezahlt wurde. Anschließend wurde der arbeitslose Bergmann oder Schlosser oder Büroangestellte zum Wohlfahrtsempfänger — ein deklassierendes Wort. Die Wohlfahrtsunterstützung war noch niedriger als die Arbeitslosenunterstützung und wurde am liebsten in Naturalien und Gutscheinen gewährt. Es gab Kartoffelscheine, Kohlenscheine, Margarinescheine, sogar Brotscheine, wenig bares Geld.

Zermürbend und verzweifelnd für den einzelnen war nicht nur die echte materielle Not. Es gab nicht immer genügend Brot oder Kartoffeln zum Sattessen. An einer Zigarette rauchten oft drei, vier Mann, ein tiefer Lungenzug war manchem mehr wert als menschliche Würde. Aber schlimmer für den pflichtbewußten Familienvater war die aussichtslose und hoffnungslose Zukunft. *Es gab keine Arbeitsplätze.*

Darüber und daneben vollzog sich der politische Hexensabbat. Fünf schwere Wahlkämpfe fanden allein im Jahre 1932 statt. Das Kabinett Brüning wurde zwei Jahre lang von der SPD toleriert — es kürzte Sozialrenten, Arbeitslosenunterstützung, Wohlfahrtshilfe. Die Gewerkschaften protestierten . . .

Durch „Hofintrigen“ wurde *Brüning* „gegangen“, *Hindenburg*, der mit den Stimmen der Sozialdemokraten im März 1932 zum Reichspräsidenten gewählt wurde, verweigerte seinem Reichskanzler einfach die Unterschriften unter die vorbereiteten Notverordnungen. Herr von Papen wurde Kanzler und Chef des „Kabinetts der Barone“. In *Preußen* regierte das Kabinett Braun-Severing, aber Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen hatten die Mehrheit. Das Kabinett konnte nur verwalten und schien eine gute Stütze in der Loyalität der demokratisch zuverlässigen Polizei zu haben, deren Chef der Innenminister *Carl Severing* war.

Papen und Hindenburg und der bis zu seinem Tod zwielichtig gebliebene General *Schleicher*, sollten und wollten dem Marxismus einschließlich der Sozialdemokratie den Todesstoß versetzen und die Gewerkschaften ins politische Hinterstübchen verweisen. Auf diesem Wege dahin mußte das „rote Preußen“ fallen. Im Juli 1932 enthob Reichskanzler von Papen die preußischen Minister ihres Amtes. Die abgesetzte Preußen-Regierung rief den Reichsgerichtshof an. Dieser entschied nach vielen Wochen und sehr verklausuliert, von Papen habe einen Staatsstreich begangen. Das war alles. Weiter geschah nichts. *Golo Mann* schreibt zu diesem Vorgang in seinem Buch „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“: „...Lassalles altes Wort von den Verfassungsfragen, die Machtfragen seien, galt nun ohne mildernde Korrektur . . .“.

Schleicher intrigierte gegen von Papen mit dem Argument, die Armee sei einem möglichen Bürgerkrieg gegen Kommunisten und Nationalsozialisten zu gleicher Zeit nicht gewachsen. Im November 1932 wurde Schleicher Reichskanzler. Er wollte der „soziale General“ sein. Möglicherweise glaubte er das wirklich von sich; immerhin waren 6 bis 7 Millionen Menschen in Arbeit und Brot zu bringen. Er hatte Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungspläne, trug sich mit dem Gedanken einer Verfassungsreform. Das alles war notwendig, und in seiner Umgebung munkelte man sogar von Verstaatlichung von Kohle und Stahl. General Schleicher hielt Querverbindungen zu

den christlichen und freien Gewerkschaften und gewissen Gruppierungen in der NSDAP. Landbund und Unternehmensverbände wurden hellhörig und mißtrauisch. Hindenburg wollte seinen Eid auf die Verfassung halten, Hitler zähmen und ihn legal an der Macht beteiligen. Von Papen trieb sein Spiel hinter den Kulissen. Schleicher wollte nämlich erneut den Reichstag auflösen und hoffte, durch Neuwahlen parteiliche Umgruppierungen und evtl. eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen. Hindenburg verweigerte die Reichstagsauflösung und ernannte statt dessen am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler und von Papen zum Vizekanzler.

Hitler und seine Leute wollten aber die ganze Macht. Er mobilisierte die Straße, wie bereits berichtet. Außerdem hatte er inzwischen auch mächtige Männer aus Industrie und Landbund zu seinen Freunden gewonnen. Mit dem Vernichtungsschlag gegen die Gewerkschaften am 1. Mai 1933 war das „Dritte Reich“ endgültig installiert.

Gab es Chancen, dieses Dritte Reich zu verhindern? Ja und Nein. Wer die Basis der Weimarer Verfassung (offizielle Bezeichnung: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919) nicht verlassen wollte, konnte das Dritte Reich nicht verhindern. Mit dem unseligen Artikel 48 dieser Verfassung war alles, was auf Regierungsebene geschah, legal, mit Ausnahme der Amtsenthebung der Preußen-Regierung Braun-Severing am 20. Juli 1932. Vielleicht hätten Gewerkschaften und Sozialdemokraten die Brüningische Notverordnungspolitik nicht bis zur Selbstverleugnung tolerieren sollen. 1931 und 1932 hätte es sicher Möglichkeiten dafür gegeben. Jede die Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger hart treffende Verordnung konnte als Anlaß zum Widerstand genommen werden. Aber wie weit konnte der Widerstand gehen? Protestiert und demonstriert wurde dagegen viel. Wer darüber hinausgehen wollte, mußte zum Staatsstreich bereit sein. Und das hieß und heißt immer noch Bereitschaft zum Bürgerkrieg. Kann ein Bürgerkrieg bewußt und gewollt ausgelöst werden? In den Jahren von 1930 bis 1932 gab es nach meiner Einschätzung hierfür nur einen einzigen Anlaß: die Amtsenthebung Braun-Severings am 20. Juli 1932. Denn diese Amtsenthebung war ein Staatsstreich. An diesem Tag oder am nächsten konnte der Generalstreik proklamiert werden zum Schutz der Regierung Braun-Severing. Und Severing als Innenminister konnte zum gleichen Zweck seine Polizei mobilisieren. Das hätte möglicherweise den Bürgerkrieg ausgelöst, mit all seinen Folgen. Niemand kann heute sagen, wie alles ausgegangen wäre. Bestimmt hätte es kein „Drittes Reich“, keinen Zweiten Weltkrieg gegeben.

Bis zum 20. Juli 1932 waren Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Reichsbanner noch kampffähig. Die Vertrauensmänner glaubten, daß ihre Führer im Notfall zum Losschlagen aufrufen würden. Wann dieser Notfall gegeben war, konnte natürlich nur von der Führung entschieden werden. Die Reichsbanner-Männer glaubten an die Entschlossenheit Severings, seine Polizei einzusetzen, wenn Not an Mann war. Das Reichsbanner war doch schließlich als Kaderorganisation zur Verstärkung der Polizei gedacht. Und der Generalstreik hätte funktioniert. Wie lange? Wir sind wieder beim „hätte man“ und „wenn man“.

Carl Severing hat später sein Verhalten, nicht zum Widerstand aufzurufen und die Polizei nicht zu mobilisieren, vor Funktionären seines Wahlkreises damit begründet, er habe nicht mit seinem Gewissen vereinbaren können, das Leben von möglicherweise vielen zehntausenden Reichsbanner-Leuten und Polizisten in einem möglichen Bürgerkrieg einzusetzen. — Das mag den Mann ehren, aber nicht einen Polizeiminister in staatsgefährdenden Situationen —.

Weder die Arbeiterführer noch die amtsenthobene Regierung Braun-Severing haben damals zum Widerstand und zur Tat aufgerufen. Sind sie deshalb Verräter und haben

sie mit den Männern der sozialen und politischen Reaktion paktiert? Bewußt ganz gewiß nicht.

Nach diesem schicksalshaften 20. Juli wäre jeder Schritt zum Widerstand von vornherein gescheitert. Bei den Vertrauensleuten griff Kleinmut um sich. Nach jeder Mordtat und jeder Saalschlacht glaubte man, das müsse doch anders werden, das könne doch die Reichswehr nicht decken. So dachte man in den Führungsgremien. Die Reichswehr war damals die Sphinx, von der die demokratisch-republikanischen schwach gewordenen Kräfte ihr Heil erhofften. Man erwartete Hilfe von Konservativen und Generalen, die noch nicht braun trugen. Denn ohne Gewerkschaften könne doch kein Industriestaat auskommen, selbst wenn sie von einem Reichskommissar überwacht würden. Nur von diesen Erwägungen her sind heute die Aufrufe und Artikel zu deuten, die bis zum 1. Mai 1933 in der Gewerkschaftspresse veröffentlicht wurden.

Mit den am Abend des 1. Mai 1933 abgebrannten Feuerwerken brach die Nacht herein über das letzte, auch morsch gewordene Bollwerk der Demokratie, den Gewerkschaften. Nachdem in den vorhergehenden Wochen und Monaten die Sozialdemokratische Partei zerniert und das Reichsbanner zerschlagen war, wurden am 2. Mai in den Morgenstunden die Gewerkschaftsbüros mit einer einzigen Aktion besetzt, viele dort wirkende Sekretäre verschleppt, nicht wenige erschlagen und ermordet. Die Hoffnungen der Männer, wenigstens ein gewerkschaftliches Gerippe retten zu können, war zerstoßen wie Seifenblasen.

Gibt es Lehren aus dieser deutschen Vergangenheit? Gewiß doch. Aber *wer* zieht daraus Lehren? Man denke an Chile. Wer weiß, was die gegenwärtige Krise, die man Weltrezession nennt, noch in sich birgt?

Es gibt einen ökonomischen, politischen Geigerzähler: die immer wieder erneute Analyse der gesellschaftlichen Kräfte. Zur Überwindung jeder gegebenen Situation gibt es Alternativen. Unsere Marktwirtschaft kann in die Klemme kommen. Ein Spanien ähnliches Regierungssystem könnte für viele erstrebenswert scheinen; anderen das Regierungssystem Jugoslawiens. Aber warum denn nicht wirklich ernsthafte Schritte unternehmen hin zum demokratischen Sozialismus?

## Franz Osterroth: Der 2. Mai 1933 \*)

*Franz Osterroth, geb. 1900 in Eisenbergl Rheinpfalz, ist gelernter Metallarbeiter. Von 1928 bis 1933 war er Redakteur beim „Reichsbanner“ in Magdeburg. 1934 emigrierte er in die Tschechoslowakei, später nach Schweden. Von 1948 bis 1963 war er Bildungsreferent beim SPD-Landesverband Schleswig-Holstein.*

An der „Maifeier“ unterm Hakenkreuz hatten außer Arbeitern auch Gewerkschaftsangestellte teilgenommen. Viele von ihnen werden nachts vorher keinen Schlaf gefunden und bekümmert überlegt haben, ob sie nicht doch noch dem schändlichen Unterwerfungsgang ausweichen könnten. Doch der Bundesvorstand des ADGB hatte es öffentlich begrüßt, daß „die Reichsregierung diesen, unsern Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt“ habe, und in der „Gewerkschaftszeitung“ bewunderte der ADGB-Angestellte F. J. F., den ich als Mitschüler auf der Frankfurter Arbeiterakademie kennengelernt hatte, *Hitlers* „große nationale Tat“,

---

\*) Der Beitrag Österreichs ist seinen „Erinnerungen“ entnommen. Die Erinnerungen an den Mai 1933 in Magdeburg sind noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse — im Jahre 1934 — niedergeschrieben worden.

die „Schaffung des Einheitsstaates“ und „Überwindung des Föderalismus“; er ließ es dabei an Fußritten für die niedergeworfene Sozialdemokratie nicht fehlen. Diese Gewerkschaftsangehörigen glaubten noch immer, daß sie dem Schicksal der sozialdemokratischen Parteisekretäre durch eine „vorsichtige Linie“ entgehen könnten. Manche hofften, daß ihre Loslösung von der Sozialdemokratie gewürdigt werde, sie unter Staatsaufsicht kämen, jedenfalls aber mit der Beschränkung auf nur-gewerkschaftliche, sozialpolitische Aufgaben ihre Organisationen retten würden. Sie veranlaßten, daß am 1. Mai die Gewerkschaftshäuser mit Tannengrün geschmückt wurden. Es sollen an Gewerkschaftshäusern sogar schwarzweißrote Fahnen, in Berlin an einem Haus sogar eine Hakenkreuzfahne gehißt worden sein. Ein Gewerkschaftsangehöriger, der in meiner Straße wohnte und stets aktiver Sozialdemokrat gewesen war, verzierte sein Wohnungsfenster mit einer Tannengirlande und hielt „für alle Fälle“, wie er sagte, eine schwarzweißrote Fahne bereit.

Gott sei Dank gab es auch Genossen unter den Gewerkschaftern und Beamten, die lieber ernste Gefährdungen riskierten, als sich dem „Triumphzug der Sieger“ einzureihen. Ein Bekannter, der vor nicht allzulanger Zeit erst eine kleine Anstellung bei der Stadtverwaltung gefunden hatte, war von seinen Nazi-Kollegen mit den Worten verhöhnt worden: „He, Sie! Am 1. Mai wird angetreten! Verstanden?!“ Um der Schmach zu entgehen, ging er drei Tage vorm 1. Mai ins Krankenhaus und ließ sich einen alten Leistenbruch operieren.

Die „Maifeier“ war vorüber. Montag, der 2. Mai, hatte begonnen. Ich war im Stadtzentrum und ganz zufällig vor der Großen Münzstraße, wo das Gebäude der sozialdemokratischen „Volksstimme“ stand, das zahlreiche Gewerkschaftsbüros beherbergte. Da, was war das? Die Straße wurde plötzlich durch SS-Leute in schwarzen Uniformen abgesperrt. Neugierig fragten die herauseilenden Ladenbesitzer, was denn los sei. Lachend erwiderten die jungen Landsknechte: „Wir rücken den Gewerkschaftsbonzen auf das Fell“, worauf einige der Bürger zufrieden grinsten. Inzwischen sammelten sich auch kleine Arbeitergruppen am Straßenende und sahen finster auf die Absperrungsmaßnahmen. Bald sickerte durch, daß man alle Gewerkschaftsbüros besetzt und die Angestellten in einem Raum zusammengetrieben habe. Dort hielt man sie 24 Stunden fest. Einer nach dem andern wurde „verhört“, nach „verborgenen Waffenlagern“ und ähnlichem gefragt. Es kam auch zu Mißhandlungen. Sie wurden von einem auswärtigen SA-Kommando vorgenommen, daß am nächsten Tag wieder die Stadt verließ. Ein Arbeitersekretär blieb verschont, weil er einem der NSBO-Männer einmal in einer Rechtsangelegenheit geholfen hatte. Er hörte die ganze Nacht das Stöhnen und Wimmern seiner mißhandelten Kollegen und erlitt einen Nervenschock.

Die Nazikommissare, die sofort die Gewerkschaftsbüros durchschnüffelten, alle Bücher einsahen und die Kassen beschlagnahmten, waren enttäuscht, keine Beweise für die vermutete „Korruption der Bonzen“ zu entdecken. Der NS-Kommissar, der die Arbeiterbank „übernahm“, wunderte sich über die niedrigen Gehälter, die dort gezahlt wurden. Gewerkschaften zu „übernehmen“, erwies sich übrigens leichter als sie zu leiten. In der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), die der schwächste Zweig der Nazibewegung war, gab es wenige sachkundige und fähige Leute für Gewerkschaftsarbeit und Sozialpolitik. Ich beobachtete im „Zentralverband der Angestellten“, wo ich zum Stempeln erscheinen mußte, wie sich die neuen Herren benahmen. Der eine — ein fetter, phlegmatischer Glatzkopf — saugte ständig nervös an seiner Zigarre; der andere, ein eben 20jähriger Gärtnergehilfe, lief aufgereggt und wichtigtuerisch herum. Man merkte ihnen die Unsicherheit an, mit der sie Telefongespräche erledigten oder Auskunft heischende Besucher abfertigten. Ihre Mienen strahlten nur dann, wenn ihre Nazifreunde auftauchten und die Vorzüge des neuen Postens erörtert wurden.

Ohne Anleitung durch die bisherigen Gewerkschaftsangestellten wären die neuen Leute aufgeschmissen gewesen. Die alten Angestellten erhielten den Befehl, vorläufig ihre Arbeit weiter zu verrichten — natürlich unter Kontrolle. Die „Marxisten“ sollten erst hinausgeworfen werden, wenn sie die Nazis eingearbeitet hatten. Manche der alten Angestellten faßten diese Verzögerung des Fußtrittes falsch auf und hofften, sie würden dauernd bleiben können. War es da nicht ratsam, sich mit dem NS-Kommissar möglichst gut zu stellen? Der Ortsvorstand des Metallarbeiterverbandes ging z. B. mit dem „braunen Chef“ in die Kneipe und belachte eifrig dessen Witze. Bald hörten wir, daß es manche Nazis gäbe, die gar nicht so schlimm wären . . . Landtagsabgeordneter B., ein Gewerkschaftssekretär, fragte „seinen Kommissar“, ob er sein sozialdemokratisches Landtagsmandat niederlegen solle. Ihm wurde die kühle Antwort zuteil: Er könne das halten wie er wolle; vielleicht wäre es ja möglich, daß er sich der NSDAP-Fraktion anschließen dürfe. B., der seine Stellung in der Gewerkschaftsorganisation zu retten hoffte, legte auch wirklich sein Mandat nieder. Das wurde ihm in sozialdemokratischen Kreisen sehr verübelt. Es wurde auch bekannt, daß B. ein Verbandsrundsreiben mit „Heil Hitler“ beendet hatte. B. erklärte, als man ihm dies vorhielt, diese Grußformel sei während seiner Abwesenheit durch den Nazikommissar auf dem Wachsbogen eingefügt worden.

Ich habe mich oft gefragt, wie sich die Gewerkschaftsangestellten verhalten hätten, wenn die Nazis klüger gewesen und ihnen gegen völlige Gleichschaltung ihre Posten belassen hätten. Ob nicht viele umgefallen wären? In jener Zeit merkte man, wie die Gesinnung wanken konnte, wenn die materielle Existenz der Familie bedroht schien; die Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit war nicht charakterfördernd, und nun kam noch der Naziterror dazu.

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann . . .“ Es gab, Gott sei Dank, unter den Gewerkschaftsangestellten aufrechte, unbeugsame Männer. Ich hatte den Landtagsabgeordneten B. zu dieser ehrenhaften Kategorie gerechnet, doch er gehörte nicht dazu. Dem Gewerkschaftssekretär K. vom Transportarbeiterverband, einem älteren Mann ohne politisches Profil, hatte ich nichts Besonderes zugetraut. Doch er war es, der nach der Besetzung seines Gewerkschaftsbüros erklärte: „Ich arbeite hier keine Stunde länger. Hier habe ich nichts mehr zu tun.“ Damit nahm er seinen Hut und verschwand. Ein anderer Gewerkschaftsangestellter, B. vom Metallarbeiterverband, wählte einen anderen Ausweg: Er ging mit seiner Frau in den Freitod. Es paßte in das Charakterbild der Nazibewegung, daß der eingesetzte „Amtswalter“ im Metallarbeiterverband die übliche Todesanzeige mit „Heil Hitler“ versah und am Grab einen Kranz mit Hakenkreuzschleifen niederlegen ließ.

Wie sich auch die Gewerkschaftsangestellten nach dem 2. Mai im Einzelfall verhalten hatten, ob rückgratfest oder unterwürfig, keiner blieb im Amt, alle flogen auf die Straße. K. vom Metallarbeiterverband, der noch ein Jahr vorher unbedingt sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter werden wollte, schnitt noch am besten ab. Er erhielt einige tausend Mark Abfindung und verschwand still und unbemerkt aus Magdeburg. Vorher gaben sogar die neuen „Amtswalter“ durch Aushang bekannt, daß sie die Verbandsgeschäfte, auch die Kasse, in tadelloser Ordnung übernommen hätten.

Die entlassenen Gewerkschaftsangestellten versuchten eifrig, sich eine neue Existenz zu verschaffen. Einige kauften sich einen kleinen Kolonialwaren- oder Zigarrenladen. Sie waren meist nach einigen Monaten schon bankrott. Ein gutgehender Laden wurde nämlich damals nicht verkauft, und die Annahme, die Arbeiterschaft würde in ganz besonderem Maße die Kundschaft der Läden von ehemaligen Gewerkschaftssekretären stellen, schlug auch fehl. Andere der „neuen Arbeitslosen“ versuchten ihr Glück als

Werber von Versicherungen und Zeitschriften oder als Vertreter mit Staubsaugern, Wollwaren, Kaffee, Wurst u. a. Sobald sie ihren Freundes- und Bekanntenkreis abgegrast hatten, saßen sie wieder auf dem trockenen. Eine Arbeit im ursprünglichen Beruf war nicht zu finden. So blieb in den meisten Fällen nur der Weg zum Arbeitsamt, zur Stempelstelle.

Der Nazisturm auf die „Bonzensessel“ veränderte aber auch das Leben der organisierten Arbeiter. Jeder merkte früher oder später, daß es keine „erworbenen Rechte“ mehr gab und von einer Mitbestimmung der Mitglieder in der Gewerkschaftsorganisation nicht mehr zu reden war. Erst machten sich darüber auch Arbeiter Illusionen. So hörte ich am Abend des 2. Mai einen verkrüppelten, kleinen Druckereihilfsarbeiter zu seinem Verbandsangestellten sagen: „Sozialismus heißt ja, daß es den Arbeitern bessergehen soll. Wir haben es mit Marx versucht, und das ist jetzt zu Ende. Nun wollen wir sehen, ob es der Hitler fertigbringt. Uns Arbeitern kann es ja egal sein, wer uns das Leben verbessert.“

Nach dem 2. Mai wurde meine Gewerkschaft, der „Zentralverband der Angestellten“, mit dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ zusammengelegt. Da mir noch 220 Mark Arbeitslosenunterstützung vom Verband zustanden, ich obendrein Mitglied der Verbandskrankenkasse war, warf ich mein Verbandsbuch nicht sofort in die Ecke. Die neuen Herren der Gewerkschaften dachten aber nicht daran, die „marxistischen Führer“ in den Verbänden zu belassen, sondern beraubten sie teils offen — „wegen staatsfeindlicher Gesinnung“ —, teils auf Umwegen der Mitgliedschaft und der erworbenen Rechte. Hochnäsig sagten mir die neuen Herren, daß ich, der zuletzt Redakteur und vorher Behördenangestellter war, nicht in einen Angestelltenverband hineingehöre.

Man verwies mich an die Organisation der Behördenangestellten. Dort wies man mich, einen ehemaligen Arbeiter, mit erhobenen Händen zurück. Nun sandte man meine Papiere an den Reichspresseverband, der sich einfach totstellte. In der Zwischenzeit wurden von der Verbandskrankenkasse meine Beiträge nicht mehr angenommen, was wiederum auf dem Arbeitsamt, wo ich das Geld für diese Beiträge ausgezahlt erhielt, zur Drohung der Unterstützungssperre führte; denn ein unterstützter Arbeitsloser müsse einer Krankenkasse angehören. So kam ich schließlich nach 20jähriger Gewerkschaftszugehörigkeit um mein Verbandsbuch und um die mir zustehenden 220 Mark. Doch waren das nur unbedeutende Randereignisse einer „großen Zeit“, die ich nur erwähne, um das Bild zu vervollständigen.

## Bernhard Tacke: Erinnerungen um den 1. Mai 1933

*Bernhard Tacke, geb. 1907 in Bocholt/Westfalen, war seit 1932 Geschäftsführer der Verwaltungsstelle des „Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter“ in Mönchengladbach. Vorher arbeitete er in gleicher Funktion in Forst/Lausitz, Zittau und Glauchau in Sachsen. Nach 1945 war er Mitgründer der Einheitsgewerkschaft und stellv. Vorsitzender der Textilgewerkschaft. Von 1956 bis 1972 war er stellv. DGB-Vorsitzender.*

Ein kritischer Rückblick auf die politischen Geschehnisse um den 1. Mai 1933 kann nicht zu der Feststellung führen, daß die Arbeitnehmerschaft insgesamt diesen Tag heldenmütig verteidigt hätte. Der Tag, 1889 als Tag der internationalen Solidarität und des Kampfes gegen soziale und politische Unterdrückung proklamiert, war für viele Ar-

beiter, auch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, ein Tag wie jeder andere Werktag. Sowenig wie der 1. Mai unserer Zeit als gesetzlich geschützter und bezahlter Feiertag in seinem Sinn als Solidaritäts- und Kampftag in das „Bewußtsein der Massen“ eingedrungen ist, sowenig war er vor 1933 *der* Kampf- und Solidaritätstag internationaler Prägung *aller* Arbeitnehmer.

Heute haben wir eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung, die den 1. Mai mit Recht für sich, d. h. für die Arbeitnehmerschaft, was ihre Auffassungen und Forderungen betrifft, in Anspruch nimmt. Vor 1933 war der 1. Mai, was seinen Charakter betraf, weder ein gesetzlicher Feiertag noch wurde er von allen Gewerkschaften anerkannt. Erst *Hitler* erklärte 1933 den 1. Mai zum „nationalen Feiertag“ und „Tag der Arbeit“. Es wurde Einheit verordnet, nicht als Zusammenfassung aller Kräfte einer freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, sondern als generelle Kampfansage gegen den Marxismus und um, wie sich herausstellte, die bis dahin parteipolitisch und weltanschaulich uneinheitliche Gewerkschaftsbewegung zum einheitlichen Instrument der Hitler-Diktatur zu machen. Eine Gliederung in der gesamten Organisation des Nationalsozialismus.

Gewiß war auch vor 1933 der 1. Mai für viele Arbeitnehmer ein Gedenktag. In den Gewerkschaftszeitungen wurde ihm vielfach ein besonderer Artikel oder ein Aufruf gewidmet. Es fanden, wenn der 1. Mai auf einen Werktag fiel, abendliche Veranstaltungen statt. Diese erhielten aber weitgehend durch die Kommunisten ihr Gepräge. Außer den freien Gewerkschaften, aber auch bei ihnen örtlich sehr verschieden, identifizierten sich die Gewerkschaften nicht mit vielen Parolen zum 1. Mai. Da, wo dem 1. Mai ein besonderer Klassenkampf-Charakter gegeben wurde, war es vor allem die R.G.O. (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) in den freien Gewerkschaften, die die Parolen bestimmte. Mancherorts waren die freien Gewerkschaften wegen dieser R.G.O. in einer beklagenswerten Situation. Es konnten kaum noch Funktionärs- bzw. Mitgliederversammlungen mit ungestörtem Ablauf durchgeführt werden.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß der Kampf um den Arbeitsplatz unter der Arbeitnehmerschaft ständig zunahm. Als Gewerkschaftssekretäre mußten wir, 1930/31 beginnend, an mehr Betriebsstilllegungsverhandlungen teilnehmen denn an Betriebsversammlungen. In den Betriebsversammlungen, die zumeist außerhalb des Betriebes stattfanden, mußten wir uns oft genug beschimpfen lassen, und es wurde mir nicht nur einmal entgegengerufen, daß es an der Zeit sei, daß jemand anderes „die Zügel in die Hand nehmen“ müsse. Und als ich Anfang 1933 in einer solchen Versammlung den damals von den Gewerkschaften geprägten Satz „Wer Hitler wählt, wählt den Tod“ gebrauchte, wurde mir in niederrheinischer Mundart zugerufen: „Ja, dann falle dich de Sluppe ut.“

Spätestens seit dieser Zeit weiß ich, daß soziale Notstände den besten Nährboden für den Radikalismus abgeben. Daß er sich damals zunehmend nach rechts entwickelte, lag auch an dem Verhalten der Siegermächte des ersten Weltkrieges. Während die Gewerkschaften immer wieder auf die internationale Solidarität setzten, hämmerten Hitler und seine Akteure dem Volke ein, daß die Siegermächte und der amerikanische „imperialistische Dollar-Kapitalismus“ schuld an dem deutschen Unglück seien.

Die zunehmende Bedrängnis, in die alle Gewerkschaften gerieten, führte dazu, daß die Führer aller Gewerkschaftsrichtungen immer stärker die gewerkschaftliche Einigung betrieben. Die angestrebte einheitliche Gewerkschaftsbewegung sollte staatsbejahend, religiös und weltanschaulich neutral und parteipolitisch unabhängig sein. Seitens der christlichen Gewerkschaften wurde betont, daß sie ja schon immer „christlich *nationale* Gewerkschaften“ gewesen seien. Im April 1933 einigten sich die Unterhändler der drei

Gewerkschaftsrichtungen auf die Grundsätze für eine solche Einheitsgewerkschaft. Doch es war schon zu spät. Hitlers Gewerkschaftspläne waren unschwer zu durchschauen. Der Gesamtverband der deutschen Angestelltenverbände (Gedag) und der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband (D.H.V.) traten aus dem damaligen Deutschen Gewerkschafts-Bund aus. Der D.H.V. tat als erster den Schritt zur „Gleichschaltung“, indem er sich freiwillig dem Nationalsozialismus unterstellte.

Nachdem der Reichstag im März 1933 mit Mehrheit dem „Ermächtigungsgesetz“ für Hitler zugestimmt hatte, versuchte man in der Gewerkschaftsbewegung noch zu retten, was zu retten war. Man schickte Unterhändler zu den Beauftragten Hitlers, um ein faires Neben- und Miteinander zwischen Gewerkschaften und Reichsregierung zu erreichen. In vertraulichen Informationen wurden wir in den Geschäftsstellen und Verwaltungsstellen der Gewerkschaften darauf aufmerksam gemacht, es zu keinen Provokationen mit der SA und der SS kommen zu lassen. Das bedeutete praktisch die Einstellung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die von den Gewerkschaften aktivierten „Reichsbanner“ und „Eiserne Front“ zerfielen. Von Mitte April warteten wir darauf, daß etwas geschehe. Von „gutmeinenden“ Nationalsozialisten wußten wir auch, daß wir „registriert“ waren und beobachtet wurden. Die SA und die SS schritten zu Verhaftungen nach Gutdünken. Die „Schutzhaft“ wurde zum Mittel der Entfernung aus Amt und Dienst. Diese Übergriffe schienen selbst dem damaligen preußischen Ministerpräsidenten und Innenminister *Göring* zu weit zu gehen. Am 28. April 1933 regelte er in einem Erlaß die Zuständigkeit für Verhaftungen. Unter Berufung auf die Kenntnis, daß nichtbefugte Stellen Verhaftungen vorgenommen hätten, ordnete er an, daß „die Befugnis zur Festnahme lediglich den ordentlichen Polizeibehörden zusteht“. Daß die SA und die SS diesen Erlaß nicht respektierten, überraschte uns nicht.

Indem Hitler mit dem Gesetz vom 10. April 1933 den 1. Mai 1933 zum nationalen Feiertag und „Tag der Arbeit“ proklamierte, bestimmte er gleichzeitig das Ende der Gewerkschaften.

Der 1. Mai fiel auf einen Sonntag. Die Besetzung der Gewerkschaftshäuser erfolgte nach einem vorher bestimmten Plan, am 2. Mai zunächst von SA-Leuten. Die hauptamtlichen Kollegen der freien Gewerkschaften in Mönchengladbach wurden z. T. vorübergehend festgenommen. Die nicht inhaftierten durften zunächst die Büros nicht betreten. In unserem Büro des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter erschien kurz nach Dienstbeginn ein SA-Mann und erklärte uns, daß er die Geschäftsstelle übernehme und wir seinen Anweisungen Folge zu leisten hätten. Wir haben ihm bedeutet, daß er sich dann nur an einen Schreibtisch setzen solle und seine Anweisungen vorlegen solle. Da dieser SA-Mann scheinbar mit der Gewerkschaftsbewegung noch nichts zu tun gehabt hatte, wußte er nicht recht, wie er sich verhalten sollte. Nach drei Tagen kam dann ein „gleichgeschalteter“ D.H.V.-Mann, den wir von seiner ehrenamtlichen Tätigkeit im Ortsvorstand des D.H.V. kannten. Er legitimierte sich als Beauftragter der DAF (Deutsche Arbeitsfront). Wir wurden angewiesen, unter seiner Leitung die noch laufenden Verwaltungsaufgaben abzuwickeln.

Am 10. Mai 1933 fand dann der erste Kongreß der DAF in Berlin statt. In Verbindung damit wurden sofort alle organisatorischen Maßnahmen bis zur untersten Ebene durchgeführt. Damit waren dann bis Ende Mai die Gewerkschaften endgültig liquidiert, und wir waren „draußen“.